Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7057.

Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 26. Freitag den 31. Januar 1896. 7. Jahrg.

Bestellungen

auf das Volksblatt für Februar werden zum Preise von 50 Pf. von den Expeditionen Bölbergasse 1 und Geiststraße 21 sowie von allen Austrägern entgegen genommen.

Die Sieger von Königgrätz!

In manchen deutschen Staaten liegt das Volksschulwesen bekanntlich noch sehr im Argen, aber in keinem ist das mehr der Fall, als in Preußen. Im Zusammenhang mit der gröblichen Vernachlässigung, welche die Volksschule hier erfährt, steht die Behandlung der Lehrer in finanzieller Hinsicht. Der größte Teil derselben bildet ein mit Not und Entbehrung kämpfendes Proletariat Ihre jämmerliche Bezahlung ist geradezu ein öffentlicher Skandal, ein Hohn auf den Staat, der da an der Spitze der neuen deutschen Reichsherrlichkeit steht. Seit Jahren schon erfährt diese Thatsache sowohl in der Presse, als im preußischen Landtage lebhafte Erörterung. Sowohl der frühere Kultusminister Graf Zedlitz wie der jetzige, Dr. Bosse, haben mehrfach anerkannt, daß thatsächlich eine materielle Notlage im Volksschullehrerstande vorhanden sei, und daß es notwendig sei, dieselbe zu mildern. Ersterer erließ am 26. Juni 1891 eine Verfügung, in der die Regierungen angewiesen wurden, ihre bisherige Zurückhaltung, betreffend Verbesserung der Lehrergehälter, aufzugeben. In der Verfügung wurde u. a. gesagt:

„In den meisten Provinzen ist es auf dem Lande lediglich bei den in den siebziger Jahren festgestellten Mindestsätzen der Gehälter verblieben," und „die Städte haben nur teilweise der schnellen Veränderung der wirtschaftlichen Lage Rechnung getragen". Sodann wurden Konferenzen der Oberpräsidenten mit Mitgliedern der Provinzialräte und erfahrenen Landräten verordnet, in denen die Angelegenheit weiter verhandelt werden sollte.

Was geschah? Man nahm eine höchst seltsame Enquete vor. Man forderte Haushaltungspläne von Lehrern ein, man stellte solche von Lehrervereinen auf, um am grünen Tische sodann „gewissenhaft" bei Heller und Pfennig zu berechnen, wie viel ein preußischer Volksschullehrer gebraucht, um nicht geradezu zu verhungern! Zu einem, die Lehrer befriedigenden praktischen Resultate hat diese bis auf die Brot- und Fleischrationen sich erstreckende Enquete nicht geführt. Zu Anfang des vorigen Jahres wurde von konservativer Seite im preußischen Landtage feierlichst versichert, daß „man" gegen eine Erhöhung der Lehrergehälter nichts einzuwenden habe. Und auch der preußische Finanzminister, Herr Miquel, nahm Anlaß, seinen „guten Willen" in dieser Richtung zu betonen. Nun endlich will er diesen „guten Willen" auch bethätigen. Dem preußischen Landtage liegt der von ihm ausgehende Entwurf eines Lehrerbesoldungsgesetzes vor. Wie rechnet derselbe mit dem Gehaltserhöhungsbedürfnis? O, Herr Miquel ist ein freigebiger Mann! In dem Entwurf ist das Mindesteinkommen des Lehrers, das sogenannte Grundgehalt, auf ganze 900 Mark festgesetzt worden. Das Einkommen soll nicht über 1620 Mark steigen und diese Grenze wird erst nach dem 32. Dienstjahre erreicht! Zu dem Grundgehalt von 900 Mark tritt freie Wohnung oder Mietsentschädigung hinzu; es wird aber die etwa vorhandene freie Feuerung bis zum Betrage von 100 Mark abgezogen. Diese letzte Bestimmung ist für alle Stellen mit freier Feuerung und rechnungsgemäß für sämtliche Gehälter von Bedeutung. Bisher ist neben den Gehältern auch ein Betrag für freie Feuerung berechnet worden. Wird dieser Betrag abgezogen, so erniedrigt sich das Grundgehalt im Vergleich zu den bisherigen Beträgen thatsächlich auf 800 M. Was das besagen will, zeigt ein Blick in die Statistik von 1891. Damals hatten 19 417 Lehrer ein Gehalt bis zu 800 M., dagegen 30 035 bis zu 900 M. Auf die Gehaltssätze von 810—900 M. kamen also 11 618 Lehrer, die von der Festsetzung des Grundgehaltes zum großen Teil noch berührt würden, wenn man die Feuerung nicht in das Gehalt einrechnete.

Also von 900 M. bis höchstens 1620 M. nach 32jähr. Dienstzeit soll ein preußischer Volksschullehrer wert sein! So soll das Verlangen derselben, mindestens mit den Subalternbeamten in gewissem Grade gleichgestellt zu werden, seine Erfüllung finden! Zum Vergleich sehe man sich die Gehälter der staatlichen Subalternbeamten in Preußen an. Dieselben zerfallen in 54 Klassen und beginnen mit 4200—4800 M. in Klasse I. Doch greifen wir einige der niedrigsten Klassen heraus.

Es beziehen in der

Klasse	Dienststellung	Gehalt M.	Maximalgehalt nach Jahren
34.	Stationsannehmer, Güterexpedienten, Bereiter (bei den Gestüten)	1800—2600	18
38.	Rechnungsführer und Sekretäre bei der Gestütsverwaltung	1650—2400	15
39.	Hafenmeister	1500—2500	15
41.	Maschinen- und Baggermeister	1800—2160	9
42.	Straf- und Anstaltssekretäre	1800—2100	9
45.	Materialienverwalter 2. Klasse	1500 2200	23
47.	Lehrer bei besonderen Gefängnissen in Berlin	1500—2100	18
	Straf- und Anstaltslehrer	1500—2100	18
50.	Maschinisten auf Zollkreuzern	1500—1800	6
51.	Lokomotivführer und Schiffsmaschinisten	1200—2000	13
53.	Zoll- und Steuereinnehmer 2. Klasse, Zoll- und Steuerämts-Assistenten, Thor-Kontrolleure	1200—1800	12
54.	Leggemeister	800—1200	18

Lassen wir die letztere, in den armen Weberbezirken lebende ganze 15 Mann umfassende Beamtenklasse als belanglos beiseite, so finden wir, daß es bei den Subalternbeamten ein Einkommen von 900—1620, erreichbar nach zweiunddreißig Dienstjahren, nicht giebt!

Wenden wir uns also zu den preußischen Unterbeamten, vielleicht daß die Volksschullehrer im Gehalt meistens über diesen stehen. Die Unterbeamten sind in 14 Gehaltsklassen gruppiert, von denen die erste ein Gehalt von 1500—2400 Mark in 21 Dienstjahren bezieht. Steigen wir also auf der Suche nach Sätzen, die den Lehrergehältern von Miquels Gnaden gleichen, weiter abwärts. Wir finden da:

Klasse	Dienststellung	Gehalt	erreichbar in Jahren
8.	Grenz- und Steueraufseher, Fischmeister	1000—1500	18
8.	Schutzmänner in den Provinzen	1000—1500	15
8.	Billetdrucker, Magazin-Aufseher, Brückengeldeinnehmer, Weichensteller 1. Klasse, Kassendiener, Lokomotivheizer, Maschinenwärter, Trajektheizer, Büreaudiener	1000—1500	24
9.	Krugzähler, Packhof- und Brunnenaufseher bei der Mineralbrunnen-Verwaltung ꝛc.	900—1500	21
9.	Kreisboten	900—1500	21
9.	Polizeiboten und Polizei Gefängnis-Aufseher in den Provinzen	900—1500	21
9.	Schiffer auf Wacht- und Kreuzerschiffen	900—1500	18
10.	Park-, Wiesen-, Weide-, Fischerei-, Kanal-, Schleusen, Buschaufseher	800—1200	21
10.	Nehrungs-Aufseher, Bauhofs- und Materialien-Wächter, Thorwärter, Amtsdiener, Gewichtsteher ꝛc.	800—1200	21
10.	Schuldiener bei den höheren Lehr-Anstalten und Seminaren	800—1200	21
10.	Billetschaffner, Portiers, Schaffner, Matrosen, Bremser	800—1200	24

Noch etwas weiter abwärts! Bei der Eisenbahnverwaltung erhalten die Nachtwächter 700 M. Anfangsgehalt, zwar blutwenig, aber immer noch 25 M. mehr, als ein preußischer Volksschullehrer jetzt erhält! Die vorgesehene Einführung des Anfangsgehaltes der Lehrer auf 900 M. steht zudem nur auf dem Papier. Denn thatsächlich wird sie erst nach Vollendung des siebenten Dienstjahres erreicht. Bis dahin hat der Lehrer **720 M.** und die Lehrerin **560 M.** Gehalt.

Immerhin sind etliche Millionen mehr erforderlich, um dieser Gehaltsregulierung zu entsprechen. Doch Herr Miquel weiß sich zu helfen und zugleich den Großgrundbesitzern einen Gefallen zu thun. Er leat einen großen Teil der Kosten der Neuerung den Gemeinden von über 25 000 Einwohnern, d. h. den Städten, auf. Diese sollen die Hälfte der Mittel aufbringen, die andere Hälfte soll der Staat tragen. Die staatlichen Zuschüsse sind in der Weise geregelt, daß dieselben über 25 Lehrstellen in einer Gemeinde hinaus nicht gezahlt werden. Es ist demgemäß berechnet worden, daß Berlin nach dem Lehrerbesoldungsgesetz nur noch einen Staatsbeitrag von 12 279 M. erhält, während der Beitrag bisher sich auf rund 920 000 M. belief. Herr Miquel versteht es daher, bei diesem Gesetz Berlin mit über 900 000 M. zu belasten.

Aehnlich verfährt der Finanzminister allen Großstädten gegenüber.

Es würde Halle gegen **70000 M. einbüßen,** Breslau über 200 000 M., Magdeburg und Köln etwa 160 000 M., Hannover, Altona ꝛc. je etwa bis 100 000 M. Insgesamt würden die 68 großen Städte über 25 000 Einwohner **2 703 148 M.** weniger erhalten als bisher. Dafür

---

102]

Germinal.

Sozialer Roman von Emil Zola.

[Nachdruck verboten.

Die Unterhaltung vermochte sich nicht von der unheimlichen Belagerung des Hauses loszureißen. Hennebeau begriff nicht, daß er nicht all' diese Sachen vorher geahnt hatte, und er ärgerte sich über Rassenenv. der an allem schuld sei; glücklicherweise mußten die Gendarmen nun bald kommen, denn es sei undenkbar, daß man ihn noch länger im Stich lasse.

Die Gregoires dachten nur an ihre Tochter, diesen armen Schatz, der sich so leicht erschreckt und fürchtet. Vielleicht ist der Wagen noch zu rechter Zeit nach Marchiennes zurückgekehrt.

Eine Viertelstunde warteten sie. Das Lärmen der Menge spannte ihre Nerven auf die Folter; die Steine polterten wie Trommelschläge an die Läden; es wurde unerträglich. Der Hausherr äußerte, er wolle allein hinaustreten, die Schreier versagen und dem Wagen entgegengehen. Plötzlich stürzte Hippolyt in den Salon:

„Herr Direktor, die gnädige Frau! Sie töten die gnädige Frau."

Wie Negrel es gefürchtet hatte, mußte der Wagen in Requillart halten, und die Gesellschaft war genötigt, die hundert Meter, welche sie von der Villa trennten, zu Fuß zurückzulegen, um dann durch den Garten in die kleine Hintertür zu schlüpfen. Der Gärtner, tröstete man sich, werde sie gewiß sehen und ihnen die Pforte öffen. Zuerst war alles nach Wunsche gegangen, und schon stand man vor dem Gartengitter, als plötzlich einige Kohlenweiber die Damen erblickten und durch den kleinen Steg, der um das Haus herumführt, auf sie losstürzten. Die Thüre war verschlossen; vergebens versuchte Negrel, sie einzudrücken, sie gab nicht nach, und der junge Mann fürchtend, der immer wachsende Schwarm der Weiber möge die Damen umreißen, beschloß, sich mit seiner Tante und den drei jungen Mädchen einen Weg bis zum Perron zu bahnen. Doch die Frauen umdrängten sie heulend; von allen Seiten kamen mehr und mehr heran und wälzten sich in einem dichten Knäuel dem Hause zu. Da geschah etwas Unerklärliches. Lucie und Johanna, welche zuerst am Perron anlangten, waren schnell in die Thüre geschlüpft, welche die Kammerjungfer vorsichtig halb öffnete; auch Frau Hennebeau überschritt glücklich die Schwelle, und Negrel, in der Meinung, Cäcilie sei bereits in Sicherheit, trat hinter der Direktorin in das Haus und verriegelte die Thüre. Cäcilie aber war verschwunden. In ihrer Furcht hatte sie den Kopf verloren dem Hause den Rücken gekehrt und sich selbst der Gefahr in die Arme geworfen.

Wilde Schreie umtobten sie:

„Tod den Bürgern! Tod! Tod!"

Einige hatten sie aus der Entfernung unter ihrem Schleier für Frau Hennebeau gehalten; andere für deren Freundin, die Gattin eines in der Nähe wohnenden, von all seinen Arbeitern tödlich gehaßten Fabrikherrn.

Aber mochte sie wer immer sein; es waren ihr seidenes Kleid, der Pelzmantel, ihre weiße Feder am Hute, welche die Frauen aufreizten. Sie roch gut, trug eine Uhr und hatte eine zarte Haut, das genügte.

„Wart!" schrie die Brule, „wir wollen uns die Person mal bei Lichte anschauen!"

„Das Pack hat uns das alles gestohlen!" rief die Levaque, „Sie hängen sich Felle um, und wir müssen frieren. Herunter mit dem Plunder! Zieht sie aus!"

Jetzt stürzte die Mouquette herbei:

„Zieht sie aus! Bläut ihr das Leder durch!"

Alle drängten sich an sie hinan und wollten ihr etwas von ihrer reichen Toilette vom Leibe reißen:

„Herunter mit dem Firlefanz! wir müssen sehen, wie so eine aussieht, wenn sie nicht das Fetzwerk auf sich hat! Ausziehn! Ausziehn! . . . Wir wollen, daß sich alle kleiden, wie die Arbeiterinnen . . . Diese Frauenzimmer unterstehen sich, fünfundzwanzig Sous fürs Waschen von einem Unterrock zu zahlen!

Cäcilie zitterte am ganzen Körper, ihre Beine drohten unter ihr zusammenzubrechen, und sie stotterte unaufhörlich:

„Meine Damen, ich bitte, meine Damen, thun Sie mir nichts!"

Aber plötzlich that sie einen gurgelnden Schrei: sie hatte eine kalte Hand an ihrem Halse gefühlt. Der alte Bonnemort, an dem die Weiber das junge Mädchen vorüber geschoben, hatte sie gepackt. Er schien sinnlos vor Hunger, blickte wie blödsinnig drein, das Hirn verwirrt von dem langen Leid. Man wußte nicht, was er wollte, er wußte es vielleicht selbst nicht. Er war plötzlich aus seiner fünfzig Jahre alten, stumpfen Ergebung jäh herausgerissen. Nachdem er in seinem Leben wohl zwölf Kameraden vom Tode gerettet hatte, nachdem er hundertmal bei Schlagwettern und Erdstürzen sein Leben aufs Spiel gesetzt, erfaßte ihn plötzlich beim Anblick dieses weißen Mädchennackens ein wahnwitziger Schwindel. Er hielt Cäcilien in seiner knochigen Faust, und da er an diesem Tage nicht sprach, krallte er bloß seine harten Finger in ihr Fleisch, wie ein kindischer Narr dreinschauend, der nicht weiß, was er thut.

„Nein, nein!" brüllten die Frauen, „reißt ihr alles vom Leibe!"

Sobald man in der Villa Cäciliens Abwesenheit bemerkte, stürzten Negrel und Hennebeau wieder aus der Thüre, um dem bedrohten Mädchen zu Hilfe zu eilen; aber die Menge war so dicht an das Haus gedrängt, daß sie vergeblich versuchten, sich Bahn zu brechen. Auch die Gregoires erschienen jetzt am Perron. Die Maheude aber erkannte Cäcilien, der eine Frau den Schleier herabgerissen hatte, und rief ihrem Großvater zu:

„Laßt sie, Alter, es ist die Tochter der Bürger von der Violaine!"

Stephan war entsetzt über diese Szene und wollte ihr um jeden Preis ein Ende machen; er schwang die Hacke, welche er Levaque abgenommen, und rief:

„Auf zu Maigrat! Dort ist Brot! Reißt Maigrats Bude ein!"

Und er sprang hinüber und führte selbst mit seiner Axt den ersten Hieb auf die Fensterläden des Magazins. Ein Haufe stürzte ihm nach. Aber die Frauen wollten Cäcilien nicht fahren lassen; die Brule hatte sie den Händen Bonnemorts entrissen, Jeantin ergriff ihren Unterrock und versuchte, ihn ihr vom Leibe zu zerren, andere zogen an Kleid und Mantel. Doch plötzlich sprengte ein Reiter in den Knäuel der Weiber, drängte mit seinem Pferde, hieb mit der Peitsche und rief:

„Kanaillen! Jetzt mißhandelt Ihr unsere Töchter!"

Es war Deneulin, welcher zum Abendessen in die Villa kam. Wie ein Blitz fuhr er vom Pferde, ergriff Cäcilien um die Taille, und mit der andern Hand sein Tier mit fabelhafter Geschicklichkeit und Kraft wie einen lebenden Schild vor sich hintreibend, arbeitete er sich zum Hause durch. Beim Gitter hatte es einen Augenblick den Anschein, als werde der wogende Strom ihn ersticken. Doch er kämpfte wie ein Löwe; Arme und Hände brachen und wurden zerquetscht; das Paar passierte die Pforte. Deneulin sprengte den Haufen um Negrel und Hennebeau und gelangte bis an den Perron.

(Fortsetzung folgt).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960131-14/fragment/page=0001

erhält das Land **622144 M.** mehr. Diese Schädigung der größeren Städte zu gunsten des platten Landes versucht die Begründung des Entwurfs dadurch zu rechtfertigen, daß man nach dem Grundsatz verfahren sei, die Lasten auf die „leistungsfähigeren" Schultern zu legen.

Wer kann diese Phrase ernst nehmen? Wie kann man ohne weiteres behaupten, daß die großen Städte mit ihrem besitzlosen Proletariat „leistungsfähiger" seien als das flache Land. Es giebt viele sehr wohlhabende Landgemeinden, sehr reiche Großgrundbesitzer und arme Städte. Thatsächlich sind in Preußen die Aufwendungen des platten Landes für Schulzwecke im letzten Jahrzehnt außerordentlich gesunken. In einzelnen Kreisen sind sie geradezu verschwindend. Von den Lehrergehältern in den Landgemeinden und Gutsbezirken wird vielfach noch nicht 1 Prozent von den Landgemeinden und Gutsbezirken selbst getragen. Die Beiträge der Landgemeinden und Gutsbezirke sind verschiedentlich auf ein Zehntel oder ein Zwanzigstel der Summe gesunken, die fünf Jahre früher von ihnen aufgebracht wurde. So sind die Beiträge in der ganzen Provinz Pommern in einem halben Jahrzehnt von 519000 auf 113000 M. gesunken, während die Aufwendungen der Großstädte in derselben Zeit stetig gewachsen sind. Wir lesen in der Sozialen Praxis in einem Aufsatz von J. Tews, daß die sämtlichen Landgemeinden und Gutsbezirke der vier Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen und Pommern zu den Lehrergehältern weniger zahlen, als die Stadt Berlin allein für ihre Gemeindeschulrektoren ausgiebt.

Zieht man die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen und Brandenburg für sich in Betracht, so ergiebt sich, daß in diesen fünf Provinzen zusammengenommen das platte Land nur 1200000 Mark für die Besoldung der Lehrer noch aufzubringen hat, da alles übrige hier durch Staatszuschüsse, aus Stiftungen und Kirchenkassen gedeckt wird. Die Summe von 1200000 M. stellt nur 15 Prozent des Betrages der Einkommensteuer in diesen Provinzen dar.

Sehr zutreffend bemerkt die Voss. Ztg.: „Wenn die Regierung in der Begründung der Vorlage die Großstädte auf den Artikel 25 der Verfassung verweist, nach dem Staatszuschüsse überhaupt nur im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise geleistet werden sollen, so darf man fragen, ob dieser Grundsatz nicht auch den Großgrundbesitzern gegenüber Geltung beanspruscht. Oder kann im Ernste einfach als Thatsache unterstellt werden, daß alle Großgrundbesitzer außer stande seien, die Schullasten zu tragen, so gut zu tragen, wie sie die verschuldeten Großstädte tragen sollen?

„Die Bemessung der Zuschüsse nach der Einwohnerzahl und die Beschränkung der Beiträge auf 25 Stellen ist willkürlich und nicht anders als durch ein Uebermaß von Vorliebe für die „Landwirtschaft" zu erklären. Hat sich doch Herr Miquel auch mit Stolz einen Agrarier genannt! „Agrarier" gilt ihm als Ehrentitel. Daß aber nicht schlechthin von einem Unvermögen auf dem ganzen platten Lande die Rede sein kann, ergiebt sich zur Genüge aus der Uebersicht der Ergebnisse der Steuerveranlagung. Man sollte meinen, nach den Klagen der Bündler sei die Mehrzahl der Landwirte dem Bankrott nahe, jedenfalls verfüge sie nicht mehr über nennenswerte Ersparnisse, über Kapitalbesitz. Um so erstaunlicher ist es, aus der Uebersicht zu erfahren, daß allein bei den Personen, die über 3000 M. Einkommen erklärt haben, auf dem platten Lande das Einkommen aus Kapitalvermögen 178 Millionen Mark jährlich betrage. Man zieht also auf dem platten Lande trotz der „Not der Landwirtschaft" immer noch aus Konsols und anderen Wertpapieren jährlich 178 Millionen Zinsen. Die Regierung aber geht bei dem Lehrerbesoldungsgesetz einfach von der Voraussetzung aus, daß auf dem platten Lande Not bestehe, also auch ein viel größerer Zuschuß zu den Lehrerstellen und zu den Alterszulagen gewährt werden müsse als in den Großstädten.

So ist denn auch dieses neue preußische Lehrerbesoldungsgesetz nichts anderes, als eine neue Liebesgabe für die Grundbesitzer.

Deutscher Reichstag.

26. Sitzung vom 29. Januar, 1 Uhr.

Bei sehr schwacher Besetzung des Hauses wird zunächst beraten über den Antrag der Freisinnigen, die **Aenderung des Wahlgesetzes** betr. Der Antrag verlangt u. a. Einführung amtlich gestempelter Wahlzettelkouverts und Einrichtung eines besonderen Raumes im Wahllokal, in dem der Wähler unbeobachtet den Stimmzettel in das Kouvert legen kann.

Abg. **Rickert** (Freis. Vereinig.): Der Antrag beschäftigt das Haus jetzt zum sechstenmale; er hat sich in dieser Zeit immer mehr Freunde in der öffentlichen Meinung erworben, und ist auch vom Hause wiederholt angenommen, so daß wir hoffen dürfen, daß auch die verbündeten Regierungen ihm bald zustimmen werden. Besonders nachdem die badische Regierung für die badischen Wahlen einen entsprechenden Entwurf eingebracht hat.

Abg. **Bassermann** (natlib.) erklärt, daß seine Fraktion dem Antrage zustimmen wird.

Abg. Dr. **Schädler** (Zentr.) giebt dieselbe Zusage für die Zentrumspartei ab. Je mehr gegen das geheime Wahlrecht genörgelt werde, desto mehr sei es Aufgabe, dasselbe zu schützen. Das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht lasse sich seine Fraktion nicht nehmen.

Abg. Frhr. **v. Stumm** (freikons.) stellt sich als Freund des gleichen Wahlrechts hin, zieht aber gegen angebliche Mißbräuche bei Ausübung des Wahlrechts zu Felde.

Abg. **Blos** (soz.): Wenn der Hoffnung auf Entgegenkommen der Regierungen Ausdruck gegeben ist, so darf man nicht vergessen, welche Stimmung bei der sächsischen Regierung herrscht, die bekanntlich das Landtagswahlrecht verschlechtern will. Es ist notwendig, daß das Haus sich für das allgemeine Wahlrecht erklärt. Den Vorwurf, daß meine Partei eine Ueberwachung ausübt, weise ich zurück; gerade dadurch, daß wir für das Gesetz stimmen, legen wir zu Zeugnis davon ab, daß wir keine Ueberwachung wünschen. Andrerseits bin ich fest davon überzeugt, daß die Partei des Frhrn. v. Stumm sehr gern eine Verschlechterung des Wahlrechts wünscht, wenn sie nur Aussicht auf Annahme eines derartigen Antrages hätte. Bei Beratung der Umsturzvorlage hat ja Herr v. Stumm offen erklärt, daß den Sozialdemokraten das Stimmrecht entzogen werden müßte. Es ist ein offenes Geheimnis, daß eine gewisse Richtung am liebsten mit Gewalt das allgemeine Wahlrecht nehmen will. Umsomehr ist es die Pflicht des Hauses, sich jetzt für diese Anträge zu erklären. Das wäre die beste Antwort auf jene demagogischen Umtriebe.

Abg. **Förster** (Antis.) und **Beckh** (freis. Volksp.) und Abg. **Wolslegier** (Pole) erklären sich gleichfalls für den Antrag.

Abg. **Gröber** (Zentr.) will ohne Kommissionsberatung den Antrag angenommen wissen.

Abg. **Bindewald** weicht bei seinen Ausführungen so weit vom Thema ab, daß er vom Präsidenten zur Sache gerufen wird, spricht dann für sofortige Annahme des Antrags.

Abg. Dr. **Schönlank** (soz.): Ich bitte um Annahme des Antrages ohne Kommissionsberatung. Das in Sachsen seitens der Regierung beabsichtigte Attentat auf das sächsische Wahlrecht ist einfach unerhört. Jetzt haben wir in Sachsen einen Zensus von 3 Mark, womit sich auskommen läßt. Im Jahre 1866 hat sich die sächsische Regierung ausdrücklich gegen ein indirektes Wahlsystem erklärt, heute ist die Stimmung in Sachsen umgeschlagen, heute will die Regierung den Wünschen der Konservativen und Nationalliberalen nachkommen und das Dreiklassenwahlsystem einführen, einzig und allein aus Furcht vor den Sozialdemokraten. Die Schleifsteinpolitik des Herrn von Stumm (Heiterkeit) hat Nachahmer in Sachsen gefunden. Unter Berücksichtigung all dieser Verhältnisse haben wir doppelten Grund, gegen eine Verschlechterung des Wahlrechts im Reichstage zu protestieren.

Sächsischer Bevollmächtigter Graf **Hohenthal** (der erst während der Rede des Abg. Schönlank im Saal erschienen ist): Wenn die Absicht einer Aenderung des sächsischen Wahlrechts besteht, wovon ich allerdings nichts weiß (Heiterkeit), so ist die Partei des Vorredners daran schuld (Lachen bei den Sozialdemokraten). Wer hat das sächsische Wahlrecht angegriffen? Die Partei des Vorredners. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Weiter habe ich nichts zu sagen. (Heiterkeit.)

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.) meint, wenn die Arbeiter auf dem Lande ihre Brotherren in den Reichstag wählen, so wäre das ganz vernünftig. (Lachen links.)

Abg. Dr. Schönlank: Der sächsische Minister v. Metzsch hat in der sächsischen Kammer ausdrücklich erklärt, daß er die Anträge der Konservativen und Antisemiten auf Abänderung des Wahlrechtes in Erwägung ziehen und dem Hause später bestimmt formulierte Vorschläge zugehen lassen wolle. Wenn der Graf Hohenthal das nicht weiß, so ist dies nur ein Beweis dafür, daß er als sächsischer Bevollmächtigter keine Ahnung davon hat, was in Dresden vorgeht. (Große Heiterkeit.)

Sächsischer Bevollmächtigter Graf **Hohenthal:** Der Abg. Schönlank hat sich in Gegensatz zu seiner Partei gestellt. Er hat anerkannt, daß sich mit dem sächsischen Wahlrecht auskommen ließe, während die Sozialdemokraten im sächsischen Landtag den ganz aussichtslosen Antrag auf Abänderung des Wahlrechts wiederholt gestellt haben. Daraufhin ist denn die bekannte Antwort in der denkwürdigen Landtagssitzung erfolgt. Ob jenen Anträgen eine Folge gegeben wird, weiß ich nicht, und dabei bleibe ich, und was der Abg. Schönlank denkt, das ist mir ganz einerlei. (Unruhe links.)

Nach weiterer belangloser Debatte tritt das Haus sofort in die zweite Lesung des Entwurfs ein und nimmt die ersten 16 Paragraphen des Entwurfs gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen an. Hierauf nach kurzen Beratungen auch den Rest des Gesetzentwurfs.

Es folgt Beratung des sozialdemokratischen Antrags über die **Versammlungsfreiheit und Koalitionsfreiheit** in Verbindung mit einem ähnlichen Antrage, das Versammlungsrecht betr., der von freisinniger Seite gestellt ist. Nach dem sozialdemokratischen Antrage haben alle Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts das Recht, sich zu versammeln. Zur Veranstaltung und Abhaltung einer Versammlung bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde noch einer Erlaubnis durch eine Behörde. Versammlungen und Umzüge auf öffentlichen Straßen sind spätestens sechs Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einberufer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzuzeigen. Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, Vereine zu bilden. Die Verhinderung obiger Rechte wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Der Antrag der Freisinnigen Volkspartei lautet wie folgt: Einziger Paragraph: Alle Deutschen sind berechtigt, ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis Vereine zu bilden und sich unbewaffnet in geschlossenen Räumen, sowie auf Privatgrundstücken, auch unter freiem Himmel zu versammeln. Auch sind die Vereine berechtigt, mit anderen Vereinen zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung zu treten. Die Bestimmungen der Reichsseuchengesetze, der Reichsmilitärgesetze, desgleichen die Bestimmungen der Landesgesetze über die Ueberwachung von Zusammenkünften bleiben unberührt.

Abg. **Auer** (soz.): Die Bestrebungen, die Zustände auf dem Gebiete des Vereinswesens zu bessern, sind uralt. Bei der vorjährigen Beratung unseres Antrages wurde von Rednern aller Parteien die Unhaltbarkeit der jetzigen Verhältnisse anerkannt, nur glaubte man, daß die jetzige Zeit nicht für eine solche Frage geeignet sei. Der Redner der Nationalliberalen, der Abg. Dr. Marquardsen, meinte damals, wir sollten warten, bis uns ein dahingehender Gesetzentwurf von der Regierung vorgelegt wird. Ja, wann glauben Sie, wird diese Zeit einmal kommen? Das württembergische Vereins- und Versammlungsrecht unterscheidet sich nur wenig von dem von uns eingebrachten Entwurf. Wir würden gern auf unsern Antrag verzichten, wenn das württembergische Vereins- und Versammlungsrecht für ganz Deutschland Gesetz wird. Nur Hamburg ist mit seinem Gesetz sehr gut ausgekommen, so daß auch für ganz Deutschland jene Bestimmungen ausreichend sein werden. Die Ansicht, daß jetzt nicht die rechte Zeit zur Einbringung einer solchen Vorlage sei, ist falsch. Der Bundesrat ist freilich dagegen, aber deshalb brauchen wir uns nicht abschrecken zu lassen, unsere Meinung immer und immer wieder zu vertreten. Der Antrag auf Einführung des Befähigungsnachweises kehrt ja auch von Jahr zu Jahr wieder. Bei der vorjährigen Beratung unseres Antrages hat der Abg. Bachem besonders daran Anstoß genommen, daß danach Minderjährige einem politischen Verein beitreten können. Das ist in Hessen schon thatsächlich der Fall, und das ist zur politischen Erziehung der Jugend durchaus nötig. Sonst fallen die jungen Leute dem Demagogentum anheim, vor dem vorhin der Abg. Graf Limburg-Stirum so eindrücklich gewarnt hat. Wenn ferner Einspruch dagegen erhoben ist, daß Frauen den politischen Vereinen beitreten sollen, so erinnert das an den vor mehreren hundert Jahren ausgefochtenen Streit über die Frage, ob das Weib eine Seele hat. In Schwaben haben die Frauen das Vereins- und Versammlungsrecht und die schwäbischen Frauen sind doch gewiß nicht schlechter als andere. Die Frauen haben wirtschaftliche Lasten zu tragen, also muß man ihnen konsequenterweise auch das Koalitionsrecht und politische Rechte gewähren. Der konservative Professor Delbrück äußert sich in den Preußischen Jahrbüchern dahin, daß das Vorurteil gegen das öffentliche Auftreten von Frauen in Versammlungen bald schwinden wird unter Beziehung auf die guten Erfahrungen auf dem Evangelisch-sozialen Kongreß. Schon Moritz Wiggers hat Anträge, betr. ein einheitliches Vereins- und Versammlungsrecht gestellt, der heute mit zur Beratung stehende Antrag Ancker unterscheidet sich von dem Wiggersschen Antrag wie Tag und Nacht. Diese Anträge bezweckten in der Hauptsache nur eine Verbesserung des Mecklenburger Vereinsrechts, sie können also für uns nicht maßgebend sein, denn wir wollen wirklich ein gutes Vereinsrecht für ganz Deutschland. Wie sieht es heute aus? In manchen Staaten besteht noch der Bundesratsbeschluß vom Jahre 1854, wonach Arbeitervereine überhaupt nicht gegründet werden dürfen. In Anhalt darf kein Ausländer, d. h. Angehöriger eines anderen Bundesstaats, sich einem politischen Verein als Mitglied anschließen. In Sachsen-Weimar bestehen überhaupt keine gesetzlichen Vorschriften über das Vereinsleben, es ist alles der Willkür der Behörden überlassen. Wie schlimm die Dinge im Reichsland stehen, ist schon oft hier im Hause erörtert worden. Dort können politische Vereine, wenn sie über 20 Mitglieder haben, nur mit Genehmigung der Behörde bestehen; natürlich werden Oppositionsvereine einfach unterdrückt. Mit den Zuständen in Mecklenburg können höchstens die Leute zufrieden sein, die überhaupt nicht dulden wollen, daß der „Plebs" eine selbständige politische Meinung hat. Aber es giebt doch noch andere Leute in Mecklenburg, als Rittergutsbesitzer. (Große Heiterkeit.) In Reuß ältere Linie sind politische Vereine überhaupt verboten. Das sind Zustände, wie sie des Deutschen Reiches unwürdig sind.

26 Vereinsgesetze in Deutschland! Da soll sich nun einer zurechtfinden. In Hamburg z. B. können sich Vereine zusammenthun, einige Schritte weiter in Altona ist das verboten. In Preußen ist es verboten, daß politische Vereine in Verbindung treten. Wie sehr diese Bestimmung mißbraucht wird, das hat ja das Vorgehen des Ministers Köller gezeigt. Man hat nicht nur unsern Parteivorstand, sondern auch die Vertrauensmänner als Verein erklärt und unter Anklage gestellt. Uns hat das nichts geschadet, wir haben unsern Vorstand nach Hamburg geschickt, wo er vorzüglich weiter funktioniert. Drei Monate sitzen, ist ja nicht schlimm, und wenn wir so lange sitzen müssen, so werden wir dies mit der Resignation thun, die einem guten Staatsbürger zukommt. (Heiterkeit.) Andere Parteien haben dieselbe Organisation wie wir, denen ist nichts geschehen. Auch unsere Organisation hat man so viele Jahre lang ungeschoren gelassen, da kam aber auf einmal Herr von Köller, der träumte von einem großen Schlag, wie er die Sozialdemokratie vernichten könnte, und dann wanderte er nach Kamminn, um weiter darüber stille Betrachtungen anzustellen. (Große Heiterkeit.) Ich kann Ihnen nachweisen, daß alle anderen Parteien viel größere Sünder in dieser Beziehung sind als wir. Dies gilt ganz besonders von der konservativen Partei, auf die ich mich besonders beziehe, weil allein konservative Blätter das Vorgehen gegen uns billigten. Redner verliest das Programm und die Bestimmungen über die Parteiorganisation der Konservativen und fährt dann fort: Was würde wohl geschehen sein, wenn man auch gegen die Konservativen in ähnlicher Weise wie gegen uns vorgegangen wäre? Denn die Herren können doch viel besser schreien als wir. Die Konservativen schicken in ihren Parteivorstand Vertrauensmänner aus allen Staaten und Provinzen Deutschlands, zu denen gehört auch Herr von Buchka, der es seinerzeit für selbstverständlich erklärte, daß in Mecklenburg das Ministerium erst die Genehmigung zur Gründung eines politischen Vereins gewähren müsse. Es steht den Konservativen sehr schlecht an, wenn sie an ihre Brust schlagen und rufen: „Herr Gott, wir danken Dir, daß wir nicht solche Sünder sind, wie die Sozialdemokraten!" Nein, Sie sind viel schlimmere Sünder als wir. In Sachsen sind neuerdings die Dinge so auf die Spitze getrieben, daß sogar die Wahlrechtsliga aufgehoben ist, angeblich weil sie zweierlei Statuten hat. Thatsächlich befand sich in den auf den Mitgliedskarten abgedruckten Statuten nur ein kleiner Druckfehler. (Heiterkeit.) Die Thatsache, daß man jetzt in Sachsen zu alledem noch das Landtagswahlrecht verschlechtern will, ist notorisch, selbst Graf Hohenthal konnte sich ja heute in seiner zweiten Rede auf einmal daran erinnern, obwohl er kurz vorher gesagt hatte, er hätte nichts davon gewußt. (Heiterkeit.) Den sächsischen Behörden wird niemand die Palme streitig machen, von allen Behörden die Gesetze am willkürlichsten auszulegen. Der bekannte Paragraph 8 des preußischen Vereinsgesetzes, auf Grund dessen man unsere Organisation aufgelöst hat, ist geradezu ein Anachronismus in unserer Zeit. Ich will hier keinen einzelnen Verein denunzieren, will nicht auf den Bund der Landwirte hinweisen, aber sicher ist es doch, daß in keiner andern Sache in so abscheulicher Weise mit zweierlei Maß gemessen wird, wie hier. Unerfindlich ist es mir, wie Freiherr v. Stumm sagen konnte, auch die Arbeitgeber hätten kein Koalitionsrecht. Ein Blick in die Mitgliederliste der Gewerbe-, Fabrikanten- und Ingenieur-Vereine beweist doch das Gegenteil! Wo bliebe ferner der Katholikentag und der Protestantenverein, wenn man auch hier den § 8 anwenden wollte? Man kann den Arbeitern ein Koalitionsrecht nicht länger versagen, jeder, der eine gedeihliche Entwickelung unserer Sozialistengesetzgebung will, muß hierfür eintreten. Den Arbeitern wird die Warnung vor Zuzug schon als grober Unfug angerechnet, aber die Unternehmer legen schwarze Listen von Arbeitern an und verpflichten sich gegenseitig, mißliebige Arbeiter, die an einem Streik beteiligt waren, nicht anzustellen. Es ist ja von einer gewissen Presse gesagt worden, man müsse die Arbeiter zur Verzweiflung treiben, um wieder ein Sozialistengesetz einführen zu können, oder um die Sozialdemokraten zu vernichten. Sie werden die Arbeiter nicht zur Verzweiflung treiben, aber die Arbeiter werden nicht aufhören zu fordern, daß ihnen dasselbe Recht wie andern gewährt wird. Die Rezepte, die der Hintermann der Hamburger Nachrichten zur Unterdrückung der Sozialdemokratie verröffentlicht, sind geradezu ein Abgrund von gemeiner Gesinnung. (Lärm rechts und Rufe: Zur Ordnung!) Die Sozialdemokratie kann nicht vernichtet werden. Der Minister v. Köller hat auch von der Sozialdemokratie gegessen, aber er ist daran gestorben. Wir werden nicht eher ruhen, als bis den Arbeitern gleiches Recht gewährt wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird ein Antrag auf Vertagung angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr.

Tagesgeschichte.

Flinte und Bibel. Das Kriegsministerium hat einen Erlaß veröffentlicht, der die Bestimmungen über eine möglichst weitgehende Sonntagsruhe und einen möglichst regen Kirchenbesuch für die Mannschaften in Erinnerung bringt.

Miquel. Man schreibt dem Vorwärts: „Am letzten Ordensfeste sollte der Kommunist und Organisator von Bauernaufständen a. D., liberaler Führer und Verwaltungsrat der Diskontogesellschaft gleichfalls a. D. und gegenwärtiger königlicher Finanzminister und Oberagrarier Miquel in den erblichen Adelstand erhoben werden. Diese Auszeichnung hat er aber „mit Rücksicht auf seine früheren politischen Anschauungen abgelehnt". — Hat der bedächtige Herr Miquel gefürchtet, daß man einige den Adel kritisierende Reden und Briefe aus der Zeit des jugendlich ungestümen Miquel am Tage der Rangerhöhung publizieren könnte?

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Duisburg der Arbeiter Frübel zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Denunziert war er von holländischen Familien, die nur ganz gebrochen deutsch reden können, denen aber gleichwohl das Gericht volle Zuverlässigkeit beimaß.

Wegen Kaiserbeleidigung denunzierte in Bremen der antisemitische Porzellanwarenhändler Holtmann einen Beamten, mit dem er ein Wirtshausgespräch geführt hatte. Die Denunziation erwies sich als grundlos, aber Holtmann darf sich seit seinem Streiche in mehreren Restaurationen nicht mehr sehen lassen.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Magdeburg der Arbeiter Demmering genannt Ellermann zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte die Aeußerung gethan, um wieder ins Gefängnis zu kommen.

Fürst Bismarck lobpreist fort und fort als bewährter Praktiker die schofelsten Mittel im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Jetzt empfiehlt er, den die zwölf Jahre des Sozialistengesetzes nichts gelehrt haben zu scheinen, alle Beschwerden, die von Sozialdemokraten ausgehen, nicht zu berücksichtigen und singt ein Loblied auf das Denunziantentum und die Wahlentrechtung.

Ueber die Schwindeleien und Betrügereien Hammersteins wird immer mehr bekannt. In parlamentarischen Kreisen kennt man den in der Geschichte der konservativen Partei oft genannten Namen, den Herr v. Kröcher in seiner Rede nicht genannt hat, und ebenso die hohe Summe, um die es sich bei der betrügerischen Verwertung einer einmal gegebenen Wechselunterschrift handelte. Als Ergebnis der niederen Jagd des edlen Freiherrn sind neben dem Edelwild

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960131-14/fragment/page=0002

bekannte Restaurateure und Weinhändler mit Summen von einigen Tausenden angeschossen worden. Ein pommerscher Gutsbesitzer soll sehr erregt werden, wenn man ihm die harmlosen Worte zitiert: „O, bitte, Ihr Wort genügt mir, Herr Baron.“ Mit dieser vertrauensvollen Wendung hat er nämlich als Tourist in Tirol dem Freiherrn v. Hammerstein ahnungslos einige tausend Mark vorgestreckt, die dieser notwendig zu seiner Flucht brauchte. Auch Erzbischof Stablewski ist in seiner Diözese von Hammerstein aufgesucht worden mit der Bitte um ein Darlehen von etwa 20 000 M., was aber der Erzbischof ablehnte. Hammerstein hat übrigens unorthographisch gefälscht. Er schrieb mit großen steilen Buchstaben „Finkenstein“, während sich der Vorsitzende des Komitees der Kreuzzeitung mit **ck** schreibt. Die Unterschlagung des Stöckerfonds hat sich als inzwischen verjährt herausgestellt. Die Unterschlagung war schon vor einem Jahr nicht nur bekannt, sondern auch bewiesen. Aber die Anzeige von der Unterschlagung des Stöckerfonds wurde von den betreffenden Herren des Kreuzzeitungs-Komitees unterdrückt.

Ein Hauptzeuge gegen Hammerstein. Der flüchtige Prokurist Hans Priemer von der Papierfirma Ferdinand Flinsch ist bereits in Newyork gelandet. Gleich nachdem seine Untreue entdeckt worden, machte er sich reisefertig, verkaufte sein in Grünau liegendes Ruderboot und dampfte ab. Vierzehn Tage lang bewahrten seine Freunde, die darum wußten, das Geheimnis seiner Flucht, bis sie an demselben Tage mitgeteilt wurde, an welchem der Flüchtling seinen Fuß auf amerikanischen Boden setzte.

Zur Flucht Priemers lesen wir ferner im Teltower Kreisblatt aus Grünau: Als von ihm verübte Unterschlagungen vor einigen Tagen entdeckt wurden, warf man den Betrüger zum Geschäft hinaus mit der bestimmten Weisung: „sofort europamüde zu werden.“ Das ließ sich der Lebemann nicht zweimal sagen; er eilte nach Grünau, verkaufte sein wertvolles Boot und verschwand, um nicht Bekanntschaft mit dem Staatsanwalt zu machen.

Von anderer Seite wird gemeldet: Priemer hatte auch hauptsächlich die Korrespondenz mit der Kreuzzeitung zu führen und die Papierabschlüsse zu machen. Der ihm persönlich bekannte Freiherr v. Hammerstein wandte sich nun öfter an Priemer mit dem Ersuchen, ihm Geld zu leihen, um nicht den Chef damit zu belästigen. Priemer fühlte sich in anbetracht der hervorragenden politischen Stellung von Hammersteins sehr geehrt und entsprach gern dem Ersuchen desselben. Priemer, der selbst ein Vermögen von 15 000 Mark hatte, setzte durch das Verschwinden Hammersteins nicht nur diesen Betrag zu, sondern mußte auch noch die im Umlauf befindlichen Accepte einlösen. Hierbei reichten die von ihm bei Bekannten entliehenen Beträge von 5000 Mark nicht aus, und so deckte er das Defizit aus der Geschäftskasse von Flinsch, wobei er die Geschäftsbücher fälschte. Mit Priemer ist ein Hauptzeuge gegen Hammerstein verschwunden.

Die „trostlose Lage der Landwirtschaft“, welcher nur noch durch den Antrag Kanitz auf die Strümpfe geholfen werden kann, wird recht hübsch illustriert durch eine Mitteilung über die Erträgnisse der mit den Staatsanstalten Sachsenburg und Bräunsdorf (Sachsen) verbundenen Oekonomien. In Bräunsdorf ergab sich 1890/91 eine Verzinsung von 9,37 Proz., 1891/92 von 7,72 Proz., 1892/93 von 6,31 Proz. und 1893/94 von 4,23 Proz. Während hier — aus welchen äußeren Gründen, ist nicht bekannt — ein Rückgang eingetreten ist, verzinste sich das Anlagekapital in Sachsenburg im Jahre 1890/91 mit 7,44 Proz., 1891/92 mit 6,51 Proz., 1892/93 mit 6,09 Proz. und 1893/94 mit 6.45 Proz.

Im allgemeinen arbeiten — namentlich wegen der büreaukratischen Einrichtungen — Staatsbetriebe erheblich teurer als Privatbetriebe. Ist nun trotzdem die Verzinsung des im Landwirtschaftsbetrieb steckenden Kapitals eine erheblich höhere, als der allgemein übliche Zinsfuß, so darf man doch annehmen, daß sich beim Privat-Großgrundbesitz die Rente noch günstiger stellt. Allerdings, den „bedürfnislosen“ Junkern wird auch diese nicht genügen.

Ausland.

Frankreich. Eine Ordenssteuer. Der Radikale Michelin beabsichtigt in der Kammer eine Vorlage einzubringen, wonach vom 1. Januar 1897 ab alle französischen und fremden Ordens-Auszeichnungen besteuert werden sollen. Betreffs der Ehrenlegion würden die Ritter 50 Franks, die Offiziere 100 Franks, die Kommandeure 200 Franks, die Großoffiziere 400 Franks und die Inhaber des Großkreuzes 1000 Franks Steuer zu entrichten haben. Die auswärtigen Orden werden mit 20 (Ritter), 40, 100, 200 und 400 Fr. besteuert. Die Ordensauszeichnungen im Kriege sind ausgeschlossen. — Der Gedanke ist garnicht übel. Auch für Deutschland wäre eine solche Steuer zu empfehlen. So lange es noch Leute giebt, die an Orden Spaß finden, kann man sie für das Vergnügen auch zahlen lassen, das ist viel berechtigter, als wenn der Arme auf seine notwendigsten Lebensbedürfnisse Steuern zahlen muß.

Belgien. Wegen der zunehmenden sozialistischen Bewegung im Heere richtete der Kriegsminister Brassine ein Rundschreiben an die Regimentskommandanten.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Die Vorwärts-Redaktion in Moabit. Unseren Lesern und Mitarbeitern müssen wir so schreiben der Vorwärts, mit einem recht wunderlich erscheinenden Anliegen kommen. Wir bitten nämlich, etwaige Besuche, die uns für Freitag morgen zugedacht sind, unterlassen zu wollen, da so ziemlich die gesamte Redaktion sich um diese Zeit in Moabit befindet. Es hat der königlich preußischen Regierung gefallen, soweit bis zum Dienstag abend bekannt, sechs Mann aus der Redaktion vor den Untersuchungsrichter laden zu lassen, damit sie in einer Disziplinar-Ermittelungs-Sache gegen „Unbekannt“ Zeugnis ablegen. Um welchen Fall es sich handelt, wissen wir nicht: die amtliche Zuschrift läßt sich darüber nicht aus, und wir können uns nur Vermutungen hingeben. Sollte es sich aber, was wohl anzunehmen, um irgend einen Beamten oder eine sonst der Behörde unterstehende Person handeln, so glauben wir den in dieser Sache interessierten Herrschaften schon jetzt sagen zu können, daß die aufgewandte Mühe umsonst ist. Denn das mußte ein schöner Eiel sein, der sich in solchen Dingen der Redaktion zu erkennen gäbe. Schade also, daß sowohl der Untersuchungsrichter als auch wir um ein paar kostbare Stunden kommen, die wenigstens, so weit unsere Person in Frage steht, wahrlich besser verwendet werden können.

§ Wie man uns behandelt, schreibt unser Breslauer Parteiblatt, das hat sich wieder einmal am vorigen Sonntag gezeigt. Der Kreisvertrauensmann, Genosse Mai, hatte die Genossen und Genossinnen zu einem geselligen Beisammensein in das Lokal des Herrn Kostrowsky eingeladen. Der Besuch ließ denn auch nichts zu wünschen übrig; der kleine Saal war bald gefüllt und die Anwesenden unterhielten sich in ruhiger, gemütlicher Weise, wie dies bei solchen Zusammenkünften nicht anders sein kann. Doch da, wo einige Sozialdemokraten beisammen sitzen, da fehlt auch nie die Polizei. Sie war auch hier zur Stelle und waltete ihres Amtes im höheren Auftrage. Kaum war nämlich von den Genossen und Genossinnen ein allerdings nicht patriotisches Lied gesungen worden, da trat der Herr Kommissar auf den Plan und — löste die „Versammlung“ auf. Das gesellige Beisammensein hatte dadurch ein vorzeitiges Ende erreicht und die Anwesenden verließen unter Kopfschütteln das Lokal. Wir haben in Breslau schon so manches erlebt, vieles, was polizeilicherseits uns gegenüber gelestet wird, und kann es uns nicht im geringsten mehr auffragen, aber diese „Versammlungs“-Auflösung stellt denn doch alles bisher an „Bekämpfungs“maßregeln geübte in den Schatten! Sind wir denn schon völlig rechtlos, gewissermaßen vogelfrei?

§ Aufgehoben wurde von der Kreishauptmannschaft Leipzig die vom Stadtrat zu Burgstädt verfügte Auflösung des dortigen sozialdemokratischen Wahlvereins.

§ Wegen „Aufreizung zum Klassenhaß“ ist in Berlin der Vorsitzende der Arbeiterbildungsschule, Genosse Schulz, nach Angabe bürgerlicher Blätter unter Anklage gestellt worden.

§ In Wien sollte Genosse Schuhmeier neun Preßvergehen begangen haben. Die Geschworenen sprachen ihn aber frei.

Parteinachrichten.

— Wilhelm Körner aus Köthen in Anhalt ist in Genf im Alter von 26 Jahren gestorben. Er wurde in weiteren Kreisen bekannt durch seine Verhaftung in Rom anläßlich der Maidemonstration und den daraus inszenierten Anarchistenprozeß. Jugend, Temperament und Umgang führten ihn die letzten Jahre ins anarchistische Lager, doch hatte er niemals am Feldzuge persönlicher Verleumdung und Beschimpfung seiner Genossen gegen unsere Partei teilgenommen. Er hinterläßt Frau und Kind.

— Ein internationaler Frauenkongreß in Berlin wird gelegentlich der bevorstehenden Berliner Gewerbeausstellung von der Frauenrechtlerin Frau Lina Morgenstern geplant. Die Gleichheit bemerkt dazu: Noch ist der Plan nicht über das Stadium der Vorberatungen herausgekommen; sein Arbeitsprogramm ist noch unbekannt, ebenso die Bedingungen, welche seine Beschickung regeln werden. Aber eins steht für uns jetzt schon fest: Deutschlands klassenbewußte Proletarierinnen werden auf diesem Frauenkongreß durch Beauftragte nicht vertreten sein. Wohl berühren sich proletarische und bürgerliche Frauenbewegung in manchen Punkten. Aber die gemeinsamen Forderungen verschwinden als vollkommen unmaßgeblich gegenüber dem unüberbrückbaren Gegensatz der Prinzipien.

Soziale Uebersicht.

— **Achtstündige Arbeitszeit.** Damit keine Arbeiterentlassungen vorgenommen werden müssen, ist in der Sattlerei der kgl. bairischen Artilleriewerkstätte die Arbeitszeit vorläufig auf acht Stunden pro Tag verkürzt worden. In früheren Jahren wurden beim Eintritt von Arbeitsmangel bekanntlich oft zahlreiche Arbeiter entlassen. Die heute in Kraft getretene Neuerung ist deshalb sehr zu begrüßen und ohne Zweifel ein Verdienst unserer Genossen im Landtag. Diese sprachen sich wiederholt sehr scharf gegen die erwähnten Entlassungen von Arbeitern mitten im Winter aus und forderten, daß in Staatsbetrieben lieber die Arbeitszeit für sämtliche Arbeiter einer Branche um so viel verkürzt werden möge, daß alle — wenn auch nur beschränkte — Beschäftigung haben.

— **Die deutschen Eisenverbände** suchen sich zu einem Kartell zusammen zu schließen. Außer dem rheinisch-westfälischen Eisenverband besteht noch ein schlesischer und einer an der Saar. Obgleich augenblicklich die Gesamtlage im Eisengroßgewerbe für die Industriellen eine sehr profitable ist, so schauen sie doch bange in die Zukunft und fürchten, daß die Konkurrenz der Verbände untereinander das Geschäft und den Profit empfindlich schädigen könnten. Es tritt daher der Wunsch in den beteiligten Unternehmerkreisen auf, sich über die Preisfestsetzung und über die Verteilung des Absatzes in gemeinsamen Absatzgebieten zu verständigen; denn ein wilder Wettbewerb unter Verbänden sei noch viel schlimmer als ein wilder Wettbewerb unter einzelnen Werken. Aus diesen Gründen ergiebt sich für die verschiedenen Eisenverbände das Motiv zur Anbahnung eines Kartells.

Zur Arbeiterbewegung.

— In der Metallfabrik von Körting u. Mathiesen in Leutzsch Leipzig sind Lohndifferenzen ausgebrochen. Die Metallarbeiter sind gewillt, den Unternehmern entgegenzutreten.

Quittung

über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 29. Dezember 1895 bis 24. Januar 1896 eingegangene Gelder.

Quartalsbeiträge:

Unterstützungsverein der Tabakarbeiter (Restbeiträge)	M. 2778.95
Agitations Kommission der Handelshilfsarbeiter (1. Quartal 1896)	„ 25.—
Zentralverein der Bildhauer (4. Quartal 1895)	„ 141.30
Vereinigung aller in der Schmiederei beschäftigten Personen (3. Quartal 1895)	„ 47.75
Verband der deutschen Buchdrucker (4. Quartal 1895)	„ 750.—
Zentralverband deutscher Textilarbeiter (2. Quartal 1895)	„ 278.—
Unterstützungsverein der Kupferschmiede (4. Quartal 1894 und 1.—4. Quartal 1895)	„ 580.—
Vom Gewerkschaftskartell Altona für Agitation in Altona und Umgegend	„ 2616.33
Zur Deckung des Defizits gingen ein:	
Durch Haale, Leipzig-Lindenau	M. 10.—
Von Einzelmitgliedern des Metallarbeiter Verbandes, Filiale Krimmitschau	„ 9.22

A. Demuth, Poststraße 9, I. Et.

Leipzig, den 30 Januar 1896.

* **Die Bewegung der Konfektionsarbeiter** wird immer lebhafter, je näher der Entscheidungstag, der 1 Februar, rückt. Bis zu diesem Tage haben sich bekanntlich die Konfektionäre zu entscheiden, ob sie gewillt sind, der Forderung auf Einrichtung von Betriebswerkstätten und Einhaltung des festgestellten Minimal-Lohntarifs gerecht zu werden. In allen größeren Städten Deutschlands sind Versammlungen zu gunsten der Bewegung abgehalten worden, und überall hat die Arbeiterschaft den festen Entschluß kundgegeben, die Konfektionsarbeiter in ihrem Kampfe mit dem Kapital dadurch zu unterstützen, daß nur in solchen Geschäften gekauft werden soll, deren Inhaber sich den Forderungen gefügt haben. Besonders glänzend verlief eine Versammlung in Stettin, die von etwa 4000 Schneidern und Schneiderinnen besucht war. Das am Sonntag in ganz Deutschland verbreitete Flugblatt ist in zwei Millionen Exemplaren zur Verteilung gelangt.

* **Ein Dankschreiben** aber kein Geschenk hat die Salzwirker-Brüderschaft vom Fürsten Bismarck für die Neujahrsgratulation erhalten. Als Bismarck noch amtierte, konnte er — so wehe es ihm auch thun mochte — anstandshalber nicht umhin, das Hallorengeschenk mit der entsprechenden Anzahl von geprägten Reichsmünzen zu bezahlen. Jetzt aber, wo der fünfzigfache Millionär auf seinem Altenteil sitzt, muß er sein bischen Gut zusammennehmen und antwortet nur durch ein höchsteigenhändig unterzeichnetes Dankschreiben. Nicht uninteressant wäre es übrigens zu erfahren, wie lange der hingebende Halloren Patriotismus anhalten würde, wenn die dargebrachten Gratulationen nebst Geschenken von allen Seiten nur mit Dankschreiben abgefunden würden.

* **Als Gesandte** in dem Prozeß Kühne folgende Herren: Gutsbesitzer Karl Säuberlich-Mittelsedlau, Fabrikbesitzer Friedrich Polko Bitterfeld, Fabrikdirektor Dr. Georg Rohde-Könnern, Kaufmann Hermann Bohmeyer-Halle a. S., Domänenpächter Wilhelm Göbicke-Strohwalde bei Gräfenhainichen, Oberbergamtssekretär Max Tiefler-Halle a. S., Fischhändler Friedrich Kramer-Halle a. S., Gutsbesitzer Adolf Reinsch-Aseleben, Gutsbesitzer Louis Winter-Kröllwitz, Privatdozent Dr. Conrad Wernicke Halle a. S., Oberlehrer Bruno Hebestreit-Halle a. S. und Steinsetzmeister Gustav Stephan-Halle a. S.

* **Billigen Patriotismus** haben sich u. a. die Firmen A. G. Dehne, Maschinenfabrik, Schimmelstraße, und H. Bertram, Thorstraße, geleistet. Sie haben am 18 Januar zur Feier des glorreichen Reichsjubiläums ihre Arbeiter feiern lassen, haben sie aber nicht für die verloren gegangene Arbeitszeit entschädigt. Die erstgenannte Firma A. G. Dehne ließ sogar vergangenen Montag von mittag ab feiern, ohne den Lohnausfall zu decken. Patriotisch ist also das Kapital sehr, aber kosten darf es nichts.

* **Die Spitzelei blüht.** Dem Landesvertrauensmann von Braunschweig ist die Mitteilung zugegangen, daß sich unlängst ein Schneider und ein Elektrotechniker in Braunschweig aufhielten, die in dem dringenden Verdachte stehen, in Hannover zwei Arbeiter wegen Majestätsbeleidigung denunziert zu haben. Dieselben sind nach dem vergeblichen Versuch, dort eine antisemitische Partei zu gründen, unter Hinterlassung von Schulden von Hannover nach Braunschweig abgereist. Derartige Spitzel tauchen überall auf und die Arbeiter thun allerorts gut, ihre Zungen zu zügeln.

* **Aus dem Büreau des Stadttheaters.** Die anbauernde Zugkraft, welche das Weihnachtsmärchen „Schneewittchen und die 7 Zwerge“ bisher ausgeübt hat und welche sich am letzten Sonntage wieder in einem fast ausverkauften Hause zeigte, veranlaßt die Direktion vielfachen Wünschen entsprechend, diese Vorstellung am nächsten Sonntage noch einmal und zwar als 26. Fremden-Vorstellung zu halben Preisen zu wiederholen. Am Montag nächster Woche beginnt die gefeierte Schauspielerin Fräulein Maria Reisenhofer, Mitglied des Lessing-Theaters in Berlin, ein kurzes Gastspiel und wird die Künstlerin in den von ihr in Berlin am häufigsten und mit stets großem Beifall von seiten des Publikums und der Presse gespielten Rollen ihres Repertoires auftreten 1. als Marguerite in der Cameliendame, 2 Catherine in Madame sans gêne und 3. als Magda in der Heimath. — Am nächsten Sonnabend geht eine Lustspiel-Novität, „Fräulein Doktor“ von Walther und Stein in Szene. — Das anmutige lustige Stück fand in Hamburg, Leipzig und anderen Städten großen Beifall und ist ständig auf dem Repertoir dieser Bühnen. Herr Hofopernsänger Georg Anthes, der sein Gastspiel am Mittwoch als Tannhäuser mit so außerordentlichem Erfolge fortsetzte, beendet dasselbe Freitag als Raoul in den Hugenotten. Frau Marie Sora vom Fürstlichen Theater in Sondershausen gastiert in derselben Oper als Valentine.

* **Aus dem Bureau des Walhallatheaters.** Am morgigen Freitag findet große Abschieds-Vorstellung statt, da diesmal sämtliche Künstler ohne Ausnahme scheiden. Auch die Fürstin Lilly Dolgorucky, die sich durch ihr meisterhaftes Geigenspiel alle Herzen erobert hat, tritt morgen unwiderruflich zu letztenmale auf.

* **Ein eigentümliches Verhalten** beobachtete Sonntag früh gegen ½9 Uhr ein Arzt der hiesigen medizinischen Klinik. Eine Arbeiterfrau kam hin, um sich untersuchen zu lassen. Es traten zwei Aerzte aus dem Sprechzimmer. Auf die Frage der Patientin, ob sie den Doktor sprechen könne, stellte der eine der beiden Aerzte, ein etwas korpulenter Herr mit einer Narbe auf der linken Backe, die Gegenfrage, was sie wolle. Die Frau entgegnete: „Ich fühle mich seit Dienstag nicht wohl!“ „Da kommen Sie heute erst?“ erwiderte der Korpulente. Und ohne daß die Frau ein einziges Wort dazwischen gesprochen hatte, herrschte der Arzt sie an: „Sie sind gewiß Sozialdemokrat! Damit wollen wir nichts zu thun haben!“ Sprach's und ging fort. Der andere Arzt dagegen hörte die Frau ruhig an und wies sie nach der Frauenklinik, wo sie weitere Behandlung finden werde. Das ist denn auch geschehen. Leider kann uns der Name des Sozialistenfeindes nicht angegeben werden; wir würden ihn sonst mit Vergnügen veröffentlichen. Zur Charakterisierung unserer Zustände mag der kleine Vorfall einen Beitrag liefern.

* **Schwer verletzt** wurde in der Zuckerraffinerie am Bahnhof der Aufseher Plätzsch; er war zwischen die Puffer von Eisenbahnlowrys geraten.

Giebichenstein. Erhängt hat sich gestern der Schuhmacher Knabe, Adolfstr. 4 wohnhaft. — Ein wüster Bursche macht jetzt die August- und Friedensstraße unsicher. Er belästigt Frauen und Mädchen, wenn sie zur Arbeit gehen. Gestern abend wurde er von einer Frau und zwei Knaben verscheucht, als er sich an ein Schulmädchen machen wollte.

Mühlberg a. E. Am 18. d. M. wurde auch in unserer spießbürgerlichen und ordnungsliebenden Stadt der 25. Geburtstag der Wiedererrichtung des Deutschen Reiches durch einen solennen Kommers mit den üblichen Ansprachen und Hochs gefeiert. Bei diesem von nur „gut sittlichen“ und königstreuen Leuten geleiteten Kommers soll es aber nicht an Leuten gefehlt haben, die sich dort aufhaltende Arbeiter zu Festnarren gesucht haben; einige dieser Verfechter der Ordnung und Sitte gingen sogar so weit, einem Arbeiter die größten Beleidigungen öffentlich ins Gesicht zu schleudern, wurden aber von diesem gebührend zurückgewiesen. Auch mit dem Anstand dieser Herren soll es sehr schlecht ausgesehen haben, denn einige haben sich vor lauter Festjubel das Vergnügen geleistet, das Bier und den Wein statt in die Kehle, auf den Fußboden zu gießen. Was für ein Geschrei hätten wohl diese Herren erhoben, wenn es Arbeiter gewesen wären, welche sich derartiges geleistet hätten? Man würde Ausdrücke, wie „Lumpenpack“, „Verschwender“ u. dergl. mehr angewendet haben; aber diesmal heißt es ganz einfach: „den Herren ist unwohl geworden.“ Die Arbeiter Mühlbergs werden sich solche Vorkommnisse hinter die Ohren schreiben und diesen Leuten zeigen, daß bei den „ungebildeten“ Arbeitern und deren Festen mehr Anstand vorhanden ist, als bei denen, die den Anstand und die Bildung ihr Privilegium nennen.

Naumburg Wegen schwerer Kuppelei ist vom hiesigen Landgerichte am 5 November die Arbeiterfrau Amalie Schimpfermann geborene Richter zu einem Jahre Zuchthaus und Nebenstrafen verurteilt worden. Das ihr zur Last gelegte Delikt hat sie in Bezug auf ihre 23jährige Tochter begangen. — Die von der Angeklagten eingelegte Revision wurde vom Reichsgerichte als unbegründet verworfen.

Zörbig. Es verlohnt sich, nachträglich noch zu melden, daß es hier bei der Reichsjubelfeier höllisch heiß hergegangen ist. Die reichstreuen Gemüter wurden vom Patriotismus so elektrisiert,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960131-14/fragment/page=0003

daß einige Festteilnehmer ihren Gefühlen nicht anders Ausdruck zu verleihen wußten, als daß sie Gläser und anderes Tafelgerät demolierten. Der Wirt war heilfroh, als die feurigen Patrioten sich endlich auf den Heimweg machten.

Erfurt. Wegen Beleidigung des bekannten Innungsschwärmers und Antisemiten Jacobsötter wurde Genosse Wiertelorz als Verantwortlicher der Thür. Trib. zu 100 Mark Strafe verurteilt.

Artern. Als Notstandsarbeit wird die Chaussierung einer Straßenstrecke nach Sangerhausen in Angriff genommen werden.

Kleine Provinzial-Chronik. In Jeßnitz (Anhalt) stürzte der Bürstenmacher Heinrich die Stufen am Güterbahnhof hinunter und brach das Genick. — In Erfurt verurteilte das Schöffengericht den Fleischermeister Herricht zu 30 M. Strafe, weil er in seine Siedewürstchen viel Kartoffelmehl gemengt hatte. — Dem Gastwirt S. in Wethau wurde durch die Göpelmaschine eine Hand völlig zerquetscht. — Im Gasthof zu Rippach bei Weißenfels stürzte während eines Vergnügens der Kronleuchter herab. Zum Glück verlöschten die Petroleumlampen, ehe ein Brand entstehen konnte. — Der Gastwirt Armin aus Sangerhausen, der wegen schwerer Sittlichkeitsvergehen verfolgt wird, wurde in einer Strohdieme bei Klostermansfeld aufgefunden. Beim Zerkleinern von Oelkuchen wurde im Klostergute Winningen bei Aschersleben dem Arbeiter Litte der rechte Arm von der Maschine derart zermalmt, daß er amputiert wurde. — Auf Grube Waidmannsheil stürzte der Arbeiter Schneider aus Meuro, Kreis Wittenberg, 17 Meter tief und kam trotzdem mit einigen nicht lebensgefährlichen Verletzungen davon. — Bei Leinbach (Nordhausen), Urbach und Görsdorf sind erfolgreiche Bohrungen nach Kali vorgenommen worden. — Der Kutscher des Rittergutes Kreischau bei Lützen wurde von einem Pferde so schwer gegen den Leib geschlagen, daß er unter schrecklichen Schmerzen gestorben ist.

Versammlungsberichte.

† Mühlberg a. Elbe. Sonntag, den 2. Februar findet im Lokale „Preußischer Hof" eine öffentliche Volksversammlung statt. Referent ist Genosse Dr. Gradnauer aus Dresden. Er wird über ein sehr interessantes Thema sprechen, nämlich über Christentum und Sozialdemokratie. Es steht zu hoffen, daß sich die Arbeiter von Mühlberg und Umgegend recht zahlreich zu dieser Versammlung einfinden.

† Mühlberg a. Elbe. 26. Januar 1896. Am heutigen Tage hielt der hiesige sozialdemokratische Arbeiter-Verein seine diesjährige General-Versammlung ab. Als erster Punkt wurde die Kassenabrechnung vom vergangenen Jahre verlesen. Die Einnahmen betrugen 178.93 M., die Ausgaben 161.46 M., somit bleibt ein Kassenbestand von 17.47 M. Nachdem die Richtigkeit der Abrechnung durch die Revisoren bestätigt war, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Bei Neuwahl des Gesamt-Vorstandes wurden die Genossen Karl Seelisch als erster, Anton Ardelt als zweiter Vorsitzender Hermann Hofman als erster, Karl Floh als zweiter Kassierer, E. Lehmann als erster, H. Aldorf als zweiter Schriftführer und H. Kulms, G. Klade, G. Schnee als Revisoren gewählt. Hierauf wurden noch mehrere Vereinsangelegenheiten erzeilt und zum Schluß die Versammlung vom ersten Vorsitzenden aufgefordert, unausgesetzt für die Ausbreitung unseres Vereins und der sozialdemokratischen Bewegung thätig zu sein.

Aus dem Reiche.

Fulda. Bei dem Festessen, welches anläßlich der Feier von Kaisers Geburtstag gestern in Hosas veranstaltet wurde, erstickte der Bürgermeister Beier an einem im Hals steckengebliebenen Stück Braten. Nach einer halben Stunde trat erst der Tod ein.

Frankfurt a. M. Einen fidelen Abschluß fand auch hier das Kaiseressen in der „Lilie". Zwei Patrioten verbolzten gegen Morgen einen Beamten im Hofe des Gasthauses. Na ja, „Erbfeinde" waren gerade keine zur Hand und seine „Gefühlen" muß man doch Luft machen!

Wiesbaden. Die hiesige Staatsanwaltschaft hat gegen den Elementarlehrer Karl Legner, welcher flüchtig ist, einen Steckbrief erlassen. Legner hat sich wiederholter Sittlichkeitsverbrechen an einem Schulmädchen schuldig gemacht und zwar in der Bibliothek des Volksbildungsvereins, deren Bibliothekar er war. Legner ist 1849 hier geboren und hat Familie.

Hannover. Der Opernsänger Cordes wurd. unter der Anschuldigung, ein schweres Sittlichkeitsverbrechen begangen zu haben, verhaftet.

Eingesandt.

Den Mitgliedern des Allgemeinen Konsum-Vereins werden hierdurch für die nächsten Sonnabend stattfindende Ersatzwahl zweier Aufsichtsratsmitglieder die Herren

Töpfer **O. Reukauff**,
Tischler **O. Herrmann**

empfohlen **Mehrere Mitglieder.**

Quittung.

Für die verurteilten Maurer Arbeitsleute von B. aus Gera erhalten 1.10 Mk. Th.

Briefkasten der Redaktion.

Giebichenstein. Gewiß sind auch ledige Männer wahlberechtigt, wenn sie den sonstigen Anforderungen genügen.

A. B. Ein Polizeibeamter darf auf keinen Fall Leute, mit denen er dienstlich zu verkehren hat, durch Schimpfworte beleidigen. Zeigen Sie den Vorfall dem Kommissar des Bezirks an.

C. H. Wer hier heimatsberechtigt ist, kann nicht ausgewiesen werden.

Frau **M K.** Teilen Sie die Thatsache, daß das Packet nicht an Ihren Sohn gelangt ist, dem Postamte, bei dem das Packet aufgegeben worden ist, mit; enthalten Sie sich aber aller Mutmaßungen über den Verbleib der Sendung. Seitens der Post werden dann die nötigen Ermittelungen angestellt, und Sie erhalten Kenntnis vom Ausgang derselben.

Mühlberg a. E. Etwas viel auf einmal, lieber Genosse. Besser ist's, in regelmäßigen Zwischenräumen Beiträge zu liefern. Gruß!

Giebichenstein. Ein „eigener Hausstand" in dem Sinne, daß der Betreffende Familienvater ist, kann nicht als Vorbedingung zur Wahlberechtigung gemacht werden. Erforderlich ist nur, daß er das entsprechende Alter (24 Jahre) besitzt und ein Einkommen von mindestens 660 M. versteuert, also in Ihrem Orte vierteljährlich mindestens 1.50 M. Steuern bezahlt. Selbst wenn er bei Erfüllung dieser Vorbedingungen bei seinen Eltern wohnt, ist er wahlberechtigt.

Standesamtliche Nachrichten.

Aufgeboten: Der Handarbeiter Lorenz Siwik und Auguste Strauß (Ludwigstraße 41). Der Gastwirt Friedrich Jenisch und Marie Donner (Franckestraße 18 und Dresden). Der Brauereiarbeiter Wilhelm Hennig und Bertha Döring (Schwetschkestr. 24). Der Architekt Gichard Klepzig und Gertrud Rottwaldt (Halle und Koburg). Der Maurer Gustav Becker und Sophie Jahn (Halle und Magdeburg.

Geboren: Dem Polizei-Sergeant Wilhelm Fischer ein S., Friedrich Wilhelm Erdmann (Geiststraße 34). Dem Stadtbahn-Wagenführer Wilhelm Lorenz ein S., Emil Willy (Reilstraße 122). Dem Bahnarbeiter Ernst Pfeiffer eine T., Margarethe Gertrud (Forsterstraße 5). Dem Schlosser Oswald Seeburg eine T., Martha Margarethe Elfriede (Thorstraße 33). Dem Zimmermann Rich. Schulze eine T., Emilie Friederike Gertrud (am Kirchthor 27). Dem königl. Regierungs-Baumeister Alfred Krauß ein S., Hellmut Otto Bernhard (Lafontainestraße 2). Dem Bahnarbeiter Wilhelm Schulze ein S., Alfred Wilhelm (Buchererstraße 24). Dem Modelltischler Louis Renneberg ein S., Karl Hermann (Entbindungs-Institut).

Gestorben: Die Witwe Henriette Deparade geb. Freytag 88 J. (Steinweg 40). Der Landwirt August Kielstein, 68 J. (Forsterstraße 42). Olga Grotjan, 42 J. (Diakonissenhaus). Des Schlosser Karl Naumann T. Frieda, 9 Mon. (Glaucharerstraße 19). Der Hausbesitzer Franz Starck, 33 J. (Streiberstraße 13). Des Böttcher August Schöpe T. Bertha, 1 J. (feine Brauhausstraße 9). Der Kaufmann Julius Jacob, 58 J. (Forsterstraße 17). Des Postbriefboten Joseph Gieser S. Max, 9 Mon. (Wolfstraße 21).

Für die Redaktion verantwortlich: **A Weißmann** in Halle.

Trotha.

Sonntag den 2. Februar nachm. 3 Uhr

öffentliche Volks-Versammlung

in Königs Restaurant zum Feldschlößchen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten **Adolf Albrecht** aus Halle über: **„Warum muß jeder Arbeiter Sozialdemokrat sein?"** 2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

Allgem. Konsum-Verein Trotha

bei Halle a. S.

Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Sonnabend den 8. Februar 1896, abends 8 Uhr

in Haacks Restaurant

außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Neuwahl des gesamten Aufsichtsrats.
2. Verschiedenes.

Zahlreichem Erscheinen der Mitglieder sieht entgegen

Der Vorstand.

Wilh. Banse. W. Bernstein. Hannemüller.

Zutritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Allgem. Konsum-Verein Trotha.

Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Bilanz für das Jahr 1895.

Aktiva.		Passiva.	
An Mobilien-Konto	1720.45 M.	Per Mitglieder-Anteil-Konto	5641.80 M.
„ Warenvorräte	10 186.24 „	„ Reservefonds-Konto	2083.64 „
„ Kassa-Bestand	890.91 „	„ Kautions-Konto	1450.— „
„ Depositen-Konto	14 500.— „	„ Konto-Korrent-Konto	55.80 „
		„ Reingewinn	18 066.36 „
	27 297.60 M.		27 297.60 M.

Am 1. Januar 1895 waren vorhanden . . . . . 264 Mitglieder
Neu hinzugetreten bis 31. Dezember 1895 . . . . . 139 „
Summa 403 Mitglieder
Ausgeschieden sind am 31. Dezember 1895 . . . . . 27 „
Giebt Bestand am 1. Januar 1896 276 Mitglieder.
Im Laufe des Geschäftsjahres 1895 haben sich die Mitglieder-Guthaben um 2509.66 Mark und die Haftsummen um 2800.— Mark vermehrt.
Die Haftsumme aller Mitglieder beträgt am Jahresschlusse 9400 Mark.

Trotha, im Januar 1896.

Der Vorstand.

Wilh. Banse. W. Bernstein. Hannemüller.

Prinz Karl.

Freitag den 31. Januar 1896

großer Volks-Masken-Ball.

Alles Nähere besagen die Zettel und Plakate.

Vorläufige Anzeige.

Lindenhof, Kröllwitz. Sonntag den 9. Februar **großer Volks-Maskenball.**

Einlaßkarten für Masken sind im Vorverkauf zu haben bei Hrn. **P. Kreutzmann** und im Lokale selbst

Soeben erschien:

Postillon Nr. 3.

Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung,

Völbergasse 1.

Pfänder aufs Leihamt besorgt **Wwe. Richter,** Ritterstr. 13. H. p.

Damen u. Kinderkleider w. sauber u. gutl. angef. **Ida Kresse,** Streiberst. 1, Ir.

Stadttheater in Halle.

Freitag den 31. Januar 1896.
134. Vorst. 37. Vorst. außer Abonn.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
Drittes und letztes Gastspiel des königl. Hofopernsängers **Georg Anthes** vom königl. Hoftheater in Dresden.

Die Hugenotten

oder: **Die St. Bartholomäusnacht.**
Große Oper in 5 Akten v. G. Meyerbeer.

Sonnabend den 1. Februar 1896.
135. Vorstell. — 98. Abonnements-Vorst.
Farbe: **rot.**
Zum 1. Male: Novität!

Fräulein Doktor.

Lustspiel in 4 Akten von Oskar Walther und Leo Stein.

Walhalla-Theater.

Direktion: Richard Hubert.
Nur bis inkl. 31. ds. Mts.
Auftreten der
Fürstin Lilly Dolgorucky
als **Violin-Virtuosin.**

Die **drei Eclairs,** Bravour-Luftgymnastiker am dreifachen **hohen** Reck. **(Sensationell!)** — **Brothers Kay** und **Mauron,** exzentrische Komödianten mit ihrem originellen **„Spaß im Panoptikum".** — Mr. **Roberto Alfonso,** Jongleur-Equilibrist. — Mlle. **Diamantine Vernioi,** Serpentin- und Fantasie-Tänzerin. — Herr **Jean Paul,** humoristischer Mimiker. — Frl. **Josefine Arden,** Lieder- u. Walzersängerin. — Herr **Siegwart Gentes,** Original-Gesangs- u. Charakter-Humorist.

Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

National-Theater.

Donnerstag den 30. Januar 1896.
Zum letztenmale:

Der Kampf ums Dasein.

Freitag den 31. Januar 1896.
Zum 25. Male:
Benefiz für Fräulein **Marie Jahl:**

Der Obersteiger.

Nelly, Spitzenklöpplerin . Marie Jahl.

Sonnabend den 1. Februar 1896.

Geschlossen.

Sonntag den 2. Februar 1896.
Novität! Zum 1. Male: Novität!

Das Modell.

Komische Operette in 3 Akten v. Viktor v. Leon und Ludwig Held. Musik von Franz von Suppé.
Kassenöffnung 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr.

Heute Freitag **Schlachtefest.**
J. Banse, Advokatenstraße 9a.

Freitag **Schlachtefest.**
F. Vetter, Martinstr. 8.

Freitag **Schlachtefest.**
R. Graul, Harz 11.

Steinweg 55.

Sonnabend den 1. Febr. 1896 gr. Schlachtefest.

Hierzu ladet frdl. ein **Eugen Müller.**

Restaur. z. Landsknecht

Brunnengasse 2.

Sonnabend den 1 Februar 1896

Narren-Abend,

wozu frdl. einl. **William Pfeiffer.**

Freitag **Schlachtefest.**
Fr. Saalfelds Nachf., Steinweg 18.

Freitag **Schlachtefest.**
Wilh. Nagel, Unterplan 7.

Freitag **Schlachtefest.**
M. Rakowski, Hackebornstraße 3.

Tägl. frische Landbutter

sowie

frische Landeier

offeriert billigst

B. Kathe,

Pfännerhöhe.

Dampf-Molkerei

Merseburg.

Verkaufsstelle

große Ulrichstraße 32.

empfiehlt ihre Produkte

Sahne, Butter, Milch, Käse

nur beste Qualitäten.

Rauch & Purte.

Aetznatron

(Seifenstein)

in nur stärkster Ware bei

E. Walthers Nachf.

Moritzwinger 1 u. Steinweg 26.

Pa. Motard'sche

Stearinkerzen

billigst bei

E. Walthers Nachf.

Moritzwinger 1 u. Steinweg 26.

Möbelfabrik und Magazin

31 Fleischerstraße 31.

Empfehle mein großes Lager anerkannt gut solid gearbeiteter **Möbel- und Polsterwaren** der Zeit anpassend zu billigsten Preisen.

H. Bergmann, Tischlermstr.

Kartoffeln!

Von heute ab die beste Ware **5 Ltr. 18 Pf.,** der ¼ Ztr. 45 ₰, der ½ Ztr. 90 ₰ bei

Hermann Welland

Giebichenstein, gr. Brunnenstraße 18.
Eingang auch Eichendorffstr.

Bitte genau auf meine Firma zu achten.

Futterschweine

stehen zum Verkauf.

Delitzscherstr. 8.

Getr. Schaffner-Filzstiefel hat billig abzugeben so lange der Vorrat reicht

J. Sternlicht, alter Markt 11.

Ihrer Durchlaucht Fürstin Lilly Dolgorucky

für vorzügliche Leistungen als „Violin-Virtuosin" herzlichen Dank.

Feierlichst!

Tannhäuser, Ritter u. Sänger.

G. A.-L. Freitag **Singestunde.**

Als **Komiker** empfiehlt sich **Wilh. Angermann,** Kellnerstraße 6.

Getr. Schuhwerk kauft man billig und gut bei **J. Sternlicht,** alter Markt 11.

Brot.

35 Pfd. Brot 1. Sorte, 39 Pfd. Brot 2. Sorte, von selbstgemahlenem Roggen für **3 M.** liefert frei Haus **E. Schubertsche Brotbäckerei,** Streiberstraße 20.

Pa. Tafelmostrich

von unübertroffener Güte empfiehlt die **Dampf-Mostrichfabrik** von **C. Augustin.**

Rathausstraße 15. Liebenauerstraße 47.

Freitag: **Schlachtefest.**
Chr. Schläger, Bahnhofstraße 19.

Morgen Freitag
ff. hausschlachtene Wurst u. Suppe.
G. Hanke, Hermannstr. 13.

Verkauf von Rind-, Schwein- und Hammelfleisch a Pfd. 60 ₰, 5 Pfd. Wurst für 3 ₰ Bahnhofstraße 17, H.

Kartoffel-, Kohlen- u. Brotzettel n. an **Frau Wick, kl. Sandberg 18.**

Schuhwaren nach Maß zu Fabrikpreisen fertigt **Fr. Herold,** Reilstr. 63.

Rohrstühle werd. dauerh. gefl., auch aufpoliert Schillerstraße 45, i. Keller.

3 elegante Damenmasken zu verleihen **Grafeweg 6, H 1 Tr.**

Guterhaltener **Kleiderschrank** für 12 ₰ zu verk. Schwetschkestr. 13, H. I.

Nähmaschinen-Repart.-Werkstatt Gust. Lerche, Verkf. d. Allg. Konf. V. **Nur** kl. Ulrichstraße 5 **Nur** Nähmaschinen-Handlung. Oel. Nadeln.

Kleine Dampfmaschine für Kinder billig zu verkaufen A. Weber, Herrenst. 6.

Guterh. Mantel, pass f. ältere Frau, billig zu verk. Bäckergasse 13 Werner.

Ein goldener Trauring gefunden Glaucharerstraße 35, i. Laden.

Kinderl. Ehel. suchen Wohn. (St., K., K.). Näh. Garder.-Gesch Leipzigerst. 63.

Eine Wohn. f. eine einzelne Frau od. Mädchen z. v. u. gl. z. bez Ludwigst. 12.

Zu vermieten.

Geiststraße 21: 1 Wohnung 2 St., Kammer u. Küche) zu 250 ₰ und eine Wohnung (Stube, Kammer und Küche) 160 ₰ Näheres bei **Gebr. Fackenheim,** gr. Ulrichstraße 12.

Wohnung (Stube, K., K.) zu verm. Reilstraße 102.

Mitbewohner z. anst. Schlafstelle gesucht Wörmlitzerstraße 106, II l.

Möblierte Schlafstelle zu vermieten **Martinsberg 6, Sout.**

Oft kehre noch das Wiegenfest
Des **F. Beyer,** der heut' uns trinken läßt.
E. K. M. u. W. K. D.

Ein donnerndes Hoch sei Dir gewidmet zu Deinem heutigen Wiegenfeste, vielbeschäftigter **Hermann.**

G. G. F. E. C. B. R. K. R. S.

Verlag und für die Inserate verantwortlich Aug. Groß, Halle. — Druck der Hallescheu Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.) Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189601 31-14/fragment/page=0004